

Dr. Christoph Henke, LL.M.

Reaktion der Staatengemeinschaft auf den Kosovo-Einsatz der NATO¹

Reaktion der Staatengemeinschaft

Resolution 1160 vom 31. März 1998²

Die Resolution 1160 ist die erste Resolution des UN-Sicherheitsrats, die in direktem Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg steht. Der Sicherheitsrat verurteilte darin - gestützt auf Kapitel VII UNC - sowohl die Gewalt von Seiten der BRJ als auch die Terrorakte der UCK. Im Einzelnen forderte er:

- Aufnahme eines Dialogs zwischen den Parteien; von der BRJ verlangte er eine politische Lösung des Konflikts, von der Führung der Kosovo-Albaner die Erklärung, nur friedliche Mittel einzusetzen.
- Rückzug der Spezialeinheiten der serbischen Polizei
- Einstellung aller Aktionen gegen die Zivilbevölkerung
- Zugang zum Kosovo für humanitäre Organisationen
- Wahrung der territorialen Integrität der BRJ.

Darüber hinaus unterstützte der Sicherheitsrat die Bemühungen der OSZE, mahnte einen besseren Zugang zu Informationen an und bekräftigte diese Forderungen in der Resolution 1186.³

Resolution 1199 vom 23. September 1998⁴

¹ Vgl. Hierzu auch: Die humanitäre Intervention; völker- und verfassungsrechtliche Probleme unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts, Dissertation, Münster (2002), S. 51 ff.

² S/RES 1160 vom 31. März 1998; abgedruckt bei Weller, S. 188 – 189.

³ S/RES 1186 vom 21. Juli 1998; abgedruckt in der Sammlung von Dokumenten zum Kosovo-Konflikt bei Weller, S. 189.

⁴ S/RES 1199 vom 23. September 1998; abgedruckt bei Weller, S. 190 f.

In der Resolution 1199 verschärfte der Sicherheitsrat seine Kritik an der Bundesrepublik Jugoslawien. Er bezifferte die Anzahl der Flüchtlinge unter Hinweis auf die Schätzung des Generalsekretärs auf mehr als 230.000. Die Anzahl der Flüchtlinge einschließlich der im Kosovo verbliebenen Personen ohne Unterkunft und andere Mittel zur Deckung der Grundbedürfnisse gab er entsprechend der Schätzungen der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge auf bis zu 50.000 an. Die Mitgliedstaaten zeigten sich über die Vorgänge im Kosovo beunruhigt. Sie stellten fest, dass eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region vorliege und stützten die Resolution auf Kapitel VII UNC. Konkret verlangte der Sicherheitsrat von der Bundesrepublik Jugoslawien u.a.:

- sofortige Vereinbarung einer Waffenruhe
- sofortige Schritte zur Verbesserung der humanitären Lage, insbesondere zur Rückkehr der Flüchtlinge und Beendigung der Repressalien gegenüber der friedlichen Bevölkerung
- sofortigen Beginn eines Dialogs zwischen den Parteien ohne Vorbedingungen unter internationaler Beteiligung
- Rückzug bestimmter Sicherheitseinheiten aus dem Kosovo
- Ermöglichung einer internationalen Überwachungstätigkeit durch die EU
- ungehinderten Zugang von Hilfsorganisationen zum Krisengebiet
- sofortige und vorbehaltlose Umsetzung der Resolution 1160/1998
- Zusammenarbeit mit dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag.

Die Resolution 1199 ergriff nicht einseitig Partei zugunsten der Kosovo-Albaner. Ausdrücklich forderte der Sicherheitsrat die Kosovo-albanische Führung dazu auf, alle terroristischen Aktivitäten zu unterbinden, also auch die der UCK.

NATO-Ratsbeschluss vom 8. Oktober 1998⁵

Angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik Jugoslawien die UN-Resolutionen 1160 und 1199 nicht umgesetzt hatte, trat der NATO-Rat am 8./9. Oktober 1998 zusammen. Am 8. Oktober 1998 billigten die 16 NATO-Staaten einstimmig, notfalls begrenzte und in Phasen zu vollziehende Luftschläge gegenüber Jugoslawien durchzuführen. Der NATO-Generalsekretär stellte in einer Zusammenfassung vom 9. Oktober 1998 fest, dass die beiden Resolutionen des

⁵ Quelle: Der Bundestagsbeschluss vom 16. Oktober 1998; IP 5/1999, S. 91 – 93.

Sicherheitsrats nicht umgesetzt worden seien. Er betonte die Gefahr einer humanitären Katastrophe und stellte gleichzeitig fest, dass der UN-Sicherheitsrat nicht zu Zwangsmaßnahmen gegenüber Jugoslawien bereit sei. Er bekräftigte seine Ansicht, dass unter diesen Bedingungen die Drohung mit und der Einsatz von Gewalt durch die NATO rechtlich zulässig sei.

Beschluss des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober 1998⁶

Am 16. Oktober 1998 beschloss der Deutsche Bundestag, sich an den begrenzten Luftoperationen der NATO zu beteiligen. Der Umfang der Streitkräfte im Einsatzgebiet sollte ca. 500 Soldaten und 14 Flugzeuge umfassen. Dabei stellte der Bundestag klar, dass nur Berufs- und Zeitsoldaten sowie Freiwillige zum Einsatz kommen sollten. Der Bundestag ließ keinen Zweifel daran, dass der Einsatz auch ohne UN-Resolution stattfinden könne.

Resolution 1203 vom 24. Oktober 1998⁷

Die Resolution 1203 des UN-Sicherheitsrats vom 24. Oktober 1998 entstand unter dem Eindruck des Einlenkens seitens Milosevic, der am 16. Oktober 1998 ein Abkommen mit der OSZE und am 15. Oktober 1998 ein solches mit der NATO vereinbarte, in dem sich die Bundesrepublik Jugoslawien zur Umsetzung der beiden vorangegangenen Resolutionen verpflichtete. Der Sicherheitsrat begrüßte, dass sich Jugoslawien sowohl mit einer Verifikationsmission der OSZE als auch einer luftgestützten Verifikationsmission der NATO (Operation „Eagle Eye“) einverstanden erklärte. Abgesehen davon bekräftigt die Resolution 1203 die Forderungen der beiden früheren Resolutionen.

Erklärung des NATO-Rats vom 8. Dezember 1998⁸

⁶ IP 5/1999, S. 91 – 93 und http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/inf-kos/hintergr./Btag1610-htm (Stand: 8.6.1999).

⁷ S/RES 1203/1998 Abgedruckt auf Deutsch in IP 5/1999, S. 93 – 96.

⁸ IP 5/1999, S. 96 – 97.

In der Kosovo-Erklärung vom 8. Dezember 1998 beschloss der NATO-Rat einen Plan, um die OSZE-Verifikationsmission im Notfall aus dem ehemaligen Jugoslawien zu evakuieren. Gleichzeitig unterstrich er die Forderungen der Staatengemeinschaft gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien. Er erachtete die Resolutionen 1160, 1199 und 1203 des UN-Sicherheitsrats als verletzt und legte einen besonderen Wert auf Verwirklichung folgender Punkte:

- die so genannte MUP-Spezialpolizei (Internal Security Forces of the Serbian Ministry of Internal Affairs) solle reduziert werden.
- beide Seiten sollten die vereinbarte Waffenruhe einhalten.
- die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien solle verbessert werden.
- der Kosovo solle eine weitreichende Autonomie erhalten, nicht aber Unabhängigkeit.
- Milosevic solle die Unabhängigkeit der Medien wahren.
- die Bundesrepublik Jugoslawien solle uneingeschränkt mit der OSZE-Verifikationsmission zusammenarbeiten und deren Schutz gewährleisten.

Daneben verdienen zwei weitere Punkte Beobachtung. Der NATO-Rat lobte zum einen ausdrücklich die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien für die gute Zusammenarbeit mit der NATO. Zum anderen lud die NATO alle Partnerstaaten – auch Russland - ein, sich an den Luftüberwachungsmaßnahmen zu beteiligen.

Ministertagung vom 29. Januar 1999 in London⁹

Das Treffen der Minister der so genannten Kontaktgruppe stand unter dem Schatten des Massakers von Racak, das eine weitere Fluchtwelle von mehreren Tausend Menschen auslöste. Die Kontaktgruppe verurteilte das Massaker und stellte fest, dass Gewalt im Kosovo trotz aller Friedensbemühungen weiterhin zur Tagesordnung gehöre. Sie lud beide Bürgerkriegsparteien für den 6. Februar 1999 nach Rambouillet bei Paris ein, wo unter dem Vorsitz von Hubert Védrine und Robin Cook Friedensverhandlungen stattfinden sollten. Forderungen der Kontaktgruppe waren,

⁹ Deutsche Übersetzung von IP 5/1999, S. 101 – 103.

- dass der Vorfall von Racak unter internationaler Beteiligung untersucht werde,
- dass die für das Massaker verantwortlichen Offiziere bestraft würden und
- dass allen in Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt Verhafteten ein ordentliches Gerichtsverfahren garantiert werde.

Die Kontaktgruppe forderte auch die albanische Seite zur Einhaltung der Resolutionen 1160, 1199 und 1203 auf. Sie verurteilte die Provokationen der albanischen Seite ausdrücklich und erwähnte namentlich die UCK.

Erklärung des Nordatlantikrats vom 30. Januar 1999¹⁰

Am 30. Januar 1999 drohte die NATO Serbien mit Luftangriffen auf das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien, falls es bis zum 6. Februar 1999 nicht zu Verhandlungen in Rambouillet kommen sollte. Gleichzeitig drohte sie der albanischen Seite, alle „angemessenen Maßnahmen“ zu treffen, sofern die Kosovo-Albaner den Forderungen der Staatengemeinschaft nicht nachkommen sollten.

Der Entwurf vom Rambouillet vom 23. Februar 1999¹¹

Das Massaker von Racak, bei dem 45 Kosovo-Albaner vor den Augen der OSZE-Beobachter ums Leben kamen, war der Anlass für die Friedensverhandlungen in Rambouillet, die am 6. Februar 1999 begannen. Am 23. Februar 1999 wurde ein Interimsabkommen für Frieden und Selbstregierung vorgelegt. Dieses sah ein umfangreiches Befriedungsprogramm für den Kosovo vor. Alle Gewaltanwendungen sollten eingestellt werden. Beide Seiten sollten die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen und den Zugang für internationale Hilfe sicherstellen. Eine Amnestie für Straftaten in Zusammenhang mit dem Konflikt sollte ergehen, allerdings mit Ausnahme schwerer Verletzungen der Menschenrechte. Die Unabhängigkeit der Medien sollte gewährleistet werden.

¹⁰ Deutsche Übersetzung in: IP 5/1999, S. 103 – 104.

¹¹ Deutsche Übersetzung in: IP 5/1999, S. 104 – 114.

Ebenfalls legte der Entwurf eine Verfassung für den Kosovo vor. Grundlage war eine demokratische Selbstverwaltung. Die Bundesrepublik Jugoslawien sollte u.a. die Kompetenzen auf den Gebieten territoriale Integrität, gemeinsamer Markt, Geldpolitik, Verteidigung, Außenpolitik, Zollwesen, Bundessteuern und Bundeswahlen behalten. Institutionell sollte sich das Kosovo von den jugoslawischen Behörden abkoppeln. Ferner waren Rechte für die serbische Minderheit vorgesehen, der als eigener Volksgruppe ein Sonderstatus eingeräumt werden sollte. Gleichzeitig sollten die Menschenrechte aus der EMRK direkte Geltung erhalten. Die Überwachung des Abkommens sollte durch die internationale Staatengemeinschaft erfolgen. Die NATO sollte mit 28.000 Soldaten präsent sein, weil die Kosovo-Albaner kein Vertrauen mehr in Belgrader Versprechen hatten.¹² Mit Menschenrechten, Demokratie, Minderheitenschutz und Rechtsstaat sollten die Werte der westlichen Staatengemeinschaft in das neu aufzubauende Staatswesen Eingang finden.

Die NATO erzwang die Verhandlungen in Rambouillet mit militärischen Drohungen gegenüber Serbien und mit der Drohung internationaler Isolierung gegenüber den Kosovo-Albanern. Das Übereinkommen sollte noch vor dem Frühjahr 1999 zustande kommen, weil anschließend das Wetter eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen möglich machen könnte.¹³ In der Literatur wurde diskutiert, ob es sich bei den Verhandlungen von Rambouillet um einen ernsthaften Friedensversuch handelte oder ob die USA die Bundesrepublik Jugoslawien in eine Position treiben wollten, in der eine militärische Lösung in den Augen der Weltöffentlichkeit als gerechtfertigt hätte erscheinen können.¹⁴ Letzteres ist jedoch unwahrscheinlich.

Europäischer Sonderrat vom 8. April 1999¹⁵

Der Europäische Sonderrat vom 8. April 1999 wiederholte die Forderungen der NATO. Er sprach Milosevic in dem Sinne an, er wisse, was er zu tun habe. Neu waren finanzielle Hilfsleistungen für die Nachbarländer Albanien und Makedonien sowie Montenegro. Der Europäische Sonderrat begrüßte ausdrücklich die Mitteilung der Kommission vom 7. April

¹² Weller, S. 412 f.

¹³ Weller, S. 392.

¹⁴ Weller, S. 413 mit Argumenten gegen eine „Verschwörungstheorie“.

¹⁵ IP 5/1999, S. 131 – 133.

1999, entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen. Als Größenordnung wurden bis zu 250 Millionen Euro ins Auge gefasst. Die EU sicherte dem demokratisch gewählten Präsidenten von Montenegro, Milo Djukanovic, volle Unterstützung zu.

Friedensinitiative Deutschlands vom 16. April 1999¹⁶

Am 16. April 1999 legte die deutsche Bundesregierung einen Plan für die Befriedung des Kosovo vor. Er sah drei Stufen vor. In einer ersten Stufe sollte eine Einigung im G8-Ministertreffen in der Weise erzielt werden, dass der Abzug aller serbischen polizeilichen, militärischen und paramilitärischen Einheiten der Serben aus dem Kosovo verlangt werden sollte. Gleichzeitig sollte die UCK alle Feindseligkeiten einstellen. Eine internationale Friedenstruppe sollte im Kosovo stationiert und eine von der UNO autorisierte Übergangsregierung eingesetzt werden. In einer zweiten Stufe sollte der Sicherheitsrat die Ergebnisse des Ministertreffens möglichst bald in eine Resolution umsetzen. In einer dritten Stufe sollten alle Beteiligten die Resolution umsetzen. Sobald die jugoslawische Armee mit dem Abzug begonnen habe, werde die NATO eine 24-stündige Feuerpause einlegen.

Die Weltöffentlichkeit ignorierte die deutsche Friedensinitiative weitgehend, nahm sie allenfalls höflich zur Kenntnis. Die Vermutung liegt nahe, dass die Bundesregierung der Friedensinitiative selbst keine Erfolgsaussichten einräumte. Sie könnte primär innenpolitische Bedeutung gehabt haben.¹⁷

Friedensinitiative Griechenlands vom 21. April 1999¹⁸

Auch Griechenland legte eine Friedensinitiative vor. Sie ergänzte die deutsche Initiative um vier „Prinzipien“, nämlich:

- das Prinzip der Unveränderlichkeit der Grenzen
- das Prinzip des Minderheitenschutzes und der Grundrechte

¹⁶ IP 5/1999, S. 135 – 136.

¹⁷ Vgl. hierzu Kolbe, NZZ 15. April 1999.

¹⁸ IP 5/1999, S. 141 – 142.

- das Prinzip der friedlichen Lösung von Konflikten und
- das Prinzip der Demokratie, Entwicklung und Bürgergesellschaft.

Ferner legte die griechische Regierung fünf so genannte „Achsen“ zur Stabilisierung und Befriedung des Balkans vor, die sich zum Teil mit den vier Prinzipien inhaltlich überschneiden. Ein Marshall-Plan für den Balkan sollte entwickelt, die Region demokratisiert, die Unveränderlichkeit der Grenzen respektiert, die Region in die europäische Architektur integriert werden. Schließlich sollte die EU für alle Länder der Konfliktregion offen sein, sobald diese wirtschaftlich und politisch zu einem Beitritt bereit geworden seien.

Wie die deutsche Friedensinitiative hatte auch die griechische keine konkreten Auswirkungen. Sie zeigte allerdings größere Sympathie für die serbische Sichtweise als die deutsche. Beide Initiativen machten deutlich, dass im Falle eines länger andauernden Konflikts die Gefahr bestand, dass einzelne NATO-Staaten aus der Koalition ausscherten.

Washingtoner Erklärung vom 23. April 1999

Am 23. und 24. April 1999 fand in Washington D.C. eine Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs anlässlich des 50. Jahrestag der NATO statt.¹⁹ Die Konferenzthemen wurden durch den zeitgleich stattfindenden Krieg im Kosovo dominiert. Daneben trat die Neuaufnahme der drei Staaten Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO in den Hintergrund. Unter dem Eindruck des Krieges wurden mehrere Einzelerklärungen verfasst, die den in der Weltöffentlichkeit umstrittenen NATO-Einsatz rechtfertigen sollten. So wurden insbesondere die Erklärungen zur Definition der regionalen Interessenssphäre der NATO, zu den erweiterten Einsatzmöglichkeiten der NATO als einer regionalen Organisation im Sinne von Kapitel VIII UNC sowie zu den für den Kosovo-Konflikt definierten Kriegszielen verabschiedet. Am Rande der Konferenz betonten die Regierungschefs, Milosevic selbst sei nicht Ziel der Luftangriffe gewesen.²⁰

Die von der NATO zum Kosovo-Konflikt formulierten Kriegsziele stellten eine Weiterentwicklung der früheren Forderungen des UN-Sicherheitsrats dar. Die NATO betonte

¹⁹ Schmid/Spillmann, NZZ 24/25. April 1999.

²⁰ Schmid/Spillmann, NZZ 24/25. April 1999.

ausdrücklich, dass sich die Militäraktion nicht gegen die Serben richte, sondern ausschließlich gegen die Politik Belgrads, alle Anstrengungen um eine friedliche Konfliktlösung zunichte zu machen. Als Kriegsziele gegenüber Präsident Milosevic findet sich, er müsse:

- „eine verifizierbare Beendigung aller Militäraktionen und das sofortige Ende von Gewalt und Unterdrückung im Kosovo sicherstellen;
- seine militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte aus dem Kosovo abziehen;
- der Stationierung einer internationalen Militärpräsenz im Kosovo zustimmen;
- der vorbehaltlosen und sicheren Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen sowie dem ungehinderten Zugang humanitärer Hilfsorganisationen zu diesen Menschen zustimmen; und
- die glaubhafte Garantie für seine Bereitschaft bieten, auf eine politische Rahmenvereinbarung auf der Grundlage der Vereinbarungen von Rambouillet hinzuarbeiten.“²¹

Solange Belgrad diesen Forderungen nicht nachkomme, würden die Luftschläge fortgesetzt. Zudem wurden die Wirtschaftssanktionen, insbesondere die in Bezug auf Erdölprodukte und Kriegsgerät intensiviert. Die NATO strebte ferner eine Resolution des UN-Sicherheitsrats an. Die Friedenstruppe sollte multilateral zusammengesetzt sein - unter Einschluss von Nicht-NATO-Staaten. Die Bedeutung Russlands bei der Lösung des Konfliktes wurde besonders hervorgehoben. Humanitäre Hilfeleistungen im Zusammenwirken mit UNHCR sollten verstärkt werden. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien sollte eingeschaltet werden und Ermittlungen gegen Personen auf „höchster Ebene“ unterstützen. Zu erwähnen ist des Weiteren die Sicherheitsgarantie für die Nachbarn Serbiens. Die Absage an eine Unabhängigkeit des Kosovo wurde wiederholt. Eine Sicherheitsgarantie wurde auch der Regierung Montenegros erteilt. Nicht zu den Kriegszielen gehörte dagegen die Absetzung oder gar die Tötung von Milosevic. Insoweit ergibt sich eine Parallele zum Fall Saddam Hussein, der ebenfalls nach dem Golfkrieg im Amt blieb. Die Befreiungsorganisation UCK wurde mit keinem Wort erwähnt. Ebenso wenig wurde die Rolle Chinas im Kosovo-Konflikt erwähnt; offenbar hielt man ein Veto Chinas hinsichtlich einer späteren UN-Resolution zur Lösung des Konflikts für wenig wahrscheinlich, so dass eine Erwähnung dieses Mitgliedstaates für nicht notwendig erachtet wurde. Eine Entschuldigung für zivile Opfer der

²¹ Bulletin vom 3. Mai 1999 Nr. 24, S. 231 Nr. 3.

NATO-Angriffe – die teilweise gefordert wurde - findet sich in der Washingtoner Erklärung nicht.

Offizielle Stellungnahmen

Deutschland

Am 26. März 1999 gab Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung u.a. zum NATO-Einsatz ab, wobei er auch auf die besondere Brisanz der deutschen Beteiligung einging:

„Dies ist das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass deutsche Soldaten in einem Kampfeinsatz stehen. Ich darf Ihnen versichern, dass die Bundesregierung sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht hat. Aber wir wissen uns in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mehrheit des Deutschen Bundestages – über die Parteigrenzen hinweg.“²²

Schröder machte ausschließlich Milosevic für den Krieg verantwortlich:

„Die Verantwortung für die entstandene Lage trägt allein die extremistische Belgrader Führung. Es liegt in ihrer Hand, diese Militäroperation unverzüglich zu beenden. Ich fordere deshalb Präsident Milosevic auch von dieser Stelle aus noch einmal eindringlich auf, die Kämpfe in Kosovo sofort zu beenden und das Friedensabkommen zu unterzeichnen.“²³

Bundesverteidigungsminister Scharping gewann während des Krieges in der deutschen Bevölkerung deutlich an politischem Ansehen und wurde später für den frei werdenden Posten als NATO-Generalsekretär ins Gespräch gebracht. Das Bildmaterial, das er der Öffentlichkeit über das Kriegsgeschehen präsentierte, war teilweise erschreckend:

„Dann hatte ich Ihnen gestern Bilder angekündigt, die erschreckend sind, und ich kann sehr gut verstehen, dass einige von Ihnen fragen, wieso jetzt? ...Ich hätte Ihnen den Oberleutnant gerne selber vorgestellt. Er ist aber in Behandlung, was mit den Bildern

²² IP 5/1999, S. 124.

²³ IP 5/1999, S. 124.

zu tun hat... Sie zeigen Fotos, die ein Massakrieren am 29. in der Nähe von Rogova deutlich machen...“²⁴

USA

Am 24. März 1999 hielt Bill Clinton vor dem Pressekorps des Weißen Hauses zu den NATO-Angriffen eine Rede²⁵ und definierte drei Kriegsziele:

„Erstens, die Ernsthaftigkeit, mit der die NATO Aggressionen ablehnt und ihre Unterstützung des Friedens zu demonstrieren. Zweitens, Präsident Milosevic davon abzubringen, seine Angriffe auf hilflose Zivilisten weiterzuführen und zu verstärken, indem wir für diese Angriffe einen Preis fordern. Und drittens, falls erforderlich, der Fähigkeit Serbiens, in der Zukunft Krieg gegen Kosovo zu führen, durch ernsthafte Verringerung seiner militärischen Fähigkeiten zu schaden.“²⁶

Auch Clinton machte allein Milosevic für den Krieg verantwortlich:

„Er hat gegen die Verpflichtungen verstoßen, die er selbst vorigen Herbst zur Beendigung der brutalen Unterdrückung in Kosovo eingegangen war. Er hat das ausgewogene und faire Friedensabkommen abgelehnt, das unsere Bündnispartner und Russland vorigen Monat vorgeschlagen haben – ein Friedensabkommen, welches die Kosovo-Albaner mutig angenommen haben.“²⁷

Die US-amerikanische Außenministerin Madelaine Albright versicherte in einer Radioansprache an das serbische Volk vom 26. März 1999 auf Serbisch, dass sich der Krieg nicht gegen die serbische Bevölkerung richtet:

„Als die Nazis in die Tschechoslowakei einmarschierten, flüchtete mein Vater mit seiner Frau und seinem Kind – nämlich mir – nach Jugoslawien. Ich werde nie

²⁴ Interview abgedruckt in IP 5/1999, S. 151 f.

²⁵ Abgedruckt bei IP 5/1999, S. 119 f.

²⁶ IP 5/1999, S. 119.

²⁷ IP 5/1999, S. 119.

vergessen, wie herzlich wir als Freunde in der Not willkommen geheißen wurden. Die Amerikaner hassen die Serben nicht.“²⁸

Frankreich

Kaum anders als die vorerwähnten Stellungnahmen fiel die Stellungnahme von Frankreichs Präsident Jacques Chirac aus, der sich am 21. April 1999 in einer Fernsehansprache an das französische Volk wandte und durchblicken ließ, weshalb die NATO zur Erreichung ihrer Kriegsziele keine Bodentruppen einsetzte:

„Zur Erreichung dieses Ziel haben wir, wie Sie wissen, den Einsatz der Luftstreitkräfte im Sinne eines wachsenden Drucks auf die serbischen Truppen gewählt, weil sie die präzisesten sind und die Gefahren für die Bevölkerung in Grenzen halten.“²⁹

Den Hintergrund des Krieges versuchte Chirac wie folgt zu umschreiben:

„Was wir erleben ist, wie Sie wissen, die Konfrontation zwischen Barbarei und Demokratie. Es ist eine regelrechte Schlacht für den Frieden und die Menschenrechte, die auf unserem Kontinent stattfindet. Es ist eine Schlacht aus Ehre. Wir müssen sie bis zu Ende führen und wir müssen sie gewinnen.“³⁰

Chirac beklagte die Statistenrolle der EU während des Kosovo-Konflikts und deutete die Einsatzbereitschaft Frankreichs für weitergehende politische Initiativen an:

„So ist die Europäische Union auf Initiative unseres Landes zum ersten Mal bereit, die ihr zustehende Verantwortung in der Regelung einer großen Krise zu übernehmen. Man hat Europa seine Schwäche in diesem Bereich zu häufig vorgeworfen, als dass diese neue Entschlossenheit nicht begrüßt werden müsste. In demselben Sinn werde ich anlässlich des Gipfels wieder daran erinnern, dass Europa seine Verantwortung im

²⁸ IP 5/1999, S. 122.

²⁹ IP 5/1999, S. 139.

³⁰ IP 5/1999, S. 140.

Bereich der Verteidigung besser ausüben muss, innerhalb wie außerhalb der Allianz.“³¹

Großbritannien

Der britische Premierminister Tony Blair verwies zur Rechtfertigung des NATO-Einsatzes in einem Interview vom 5. April 1999 auf vorliegendes Zahlenmaterial und versuchte dem Vorwurf entgegenzutreten, der NATO-Einsatz habe die Flüchtlingskatastrophe ausgelöst:

„Für die Menschen ist es entscheidend wichtig, sich darüber klar zu werden, dass Milosevic seine Einheiten und Panzer in Kosovo zusammenzog, bevor die NATO-Bombardierungen begannen. 300.000 Menschen waren in Kosovo bereits in den Monaten vor dem NATO-Einsatz vertrieben worden. 2.000 Menschen waren allein in den letzten paar Monaten getötet worden, die dem späteren Einsatz vorausgegangen waren. Die Verantwortung für diese vertriebenen Menschen liegt voll und ganz bei Milosevic.“³²

Blair stellte heraus, dass der Konflikt wegen der Lage des Kosovo in Europa besondere Auswirkungen habe. Er bezeichnete Milosevic als Diktator und traf die Stimmung, die in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschte:

„Doch können wir hier nicht zulassen, mitten in Europa, in einer der sensibelsten Regionen auf dem ganzen Kontinent – wir können es keinem Diktator gestatten, Menschen zu Hunderttausenden aus ihren Häusern zu werfen, sie abzuschlachten, sie zu verstümmeln, sie zu foltern, sie in die umliegenden Länder abzuschieben, und untätig dabeizusitzen.“³³

Die Tatsache, dass ein Großteil der Bevölkerung Jugoslawiens hinter der Entscheidung Milosevics stand, erklärte Blair mit manipulierter Berichterstattung in den jugoslawischen Medien:

³¹ IP 5/1999, S. 140.

³² IP 5/1999, S. 125.

³³ IP 5/1999, S. 126.

„Doch in Serbien erlaubt Milosevic, weil die Medien von ihm kontrolliert werden, nicht, dass dem Volk von Serbien etwas anderes gezeigt wird als die Schäden, die wir Milosevics Militärmaschinerie zufügen. Doch ich glaube, wenn die Menschen in Serbien das Leiden dieser armen Flüchtlinge in Kosovo sehen könnten, würden sie verstehen, was die NATO tut.“³⁴

Russland

Die Stellungnahme Russlands hob sich von den westlichen Stellungnahmen grundlegend ab und war abgesehen von der Jugoslawiens die wohl heftigste, die sich gegen das Vorgehen der NATO richtete.³⁵ Unmittelbar vor Beginn der Luftangriffe brach Ministerpräsident Primakov eine USA-Reise ab. Er kritisierte den Einsatz scharf und betonte, dass der Krieg den Beziehungen zwischen den USA und Russland schaden werde.

Verteidigungsminister Sergejew sprach von einem möglichen „Vietnam in Europa“ und drohte mit „angemessenen“ Gegenmaßnahmen. Vor allem warf die russische Seite der NATO vor, die Rechte eines souveränen Staates zu verletzen. Das Verteidigungsministerium traf Vorbereitungen, um Nuklearwaffen nach Weißrussland zu verlegen, und behielt sich eine militärische Unterstützung Jugoslawiens vor.

Alle offiziellen Stellungnahmen Russlands verurteilten den NATO-Einsatz im Kosovo.³⁶ Parallel dazu sympathisierte die öffentliche Meinung Russlands mit Serbien. Allerdings wurden auch kritische Töne laut.³⁷ So rügte die russische Zeitung Kommersant die wirtschaftlichen Verluste, die aufgrund der abgebrochenen USA-Reise Primakows entstanden waren, und warnte davor, die Beziehungen mit dem Westen aufs Spiel zu setzen. Verträge mit einem Gesamtwert von 15 Mrd. Dollar seien nicht unterzeichnet worden. Überdies wurde die Frage gestellt, ob die Entscheidung Russlands, sich mit dem isolierten Jugoslawien zu verbünden, langfristig richtig sei.

³⁴ IP 5/1999, S. 126.

³⁵ Zur russischen Reaktion Ziener, NZZ 25. März 1999.

³⁶ Auch Weißrussland schloss sich der russischen Ansicht an; Lange, EuGRZ 1999, S. 313 (315).

³⁷ Zur Kritik aus Russland an der Position der russischen Regierung Ziener, NZZ 25. März 1999.

China

Bei den chinesischen Stellungnahmen zum Kosovo-Krieg lassen sich zwei Phasen unterscheiden: Die Zeit vor der versehentlichen Zerstörung der chinesischen Botschaft und die danach. Vor dem Zwischenfall hatte die chinesische Regierung betont, es handele sich bei der Auseinandersetzung im Kosovo um eine innere Angelegenheit Jugoslawiens, die NATO zum Rückzug aufgefordert und die Bezeichnung des Einsatzes als „völkerrechtswidrig“ vermieden. Deutlich wird dies an den Internet-Veröffentlichungen der chinesischen Botschaft in Deutschland: Vor der Zerstörung waren die Forderungen Chinas in der Sache klar, im Umgangston jedoch moderat, wie die Stellungnahme des Außenministeriums vom 25. März 1999 erkennen läßt:

„The Chinese Government strongly demands an immediate cessation of the military strikes against Yugoslavia, and calls on the international community and the parties concerned in Yugoslavia to work together in an effort to stabilize the situation and defuse the crisis as soon as possible so that peace can be restored in the Balkan region at an early date.“³⁸

Auf gleicher Ebene bewegt sich die Stellungnahme des Präsidenten Jiang Zemin vom 29. März 1999:

„Die Kosovo-Frage soll unter [der] Voraussetzung der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawien[s] und der Gewährleistung der legitimen Rechte und Interessen aller Nationalitäten in der Region Kosovo durch Verhandlungen auf gerechte und angemessene Weise gelöst werden.“³⁹

Nach der Zerstörung der Botschaft änderte sich die Tonlage der Dokumente. Am 12. Mai 1999 legte Zhu Rongji, Ministerpräsident der Volksrepublik China, gegenüber dem Bundeskanzler den chinesischen Standpunkt wie folgt dar:

³⁸ <http://china-botschaft.de/KOSOVO/htm> (Stand: 8.7.1999).

³⁹ <http://china-botschaft.de/KOSOVO2.htm> (Stand: 8.7.1999). In Klammern Ergänzung durch den Autor.

„Die Luftangriffe der von [den] USA geführten NATO auf Jugoslawien ohne Mandat der UNO und unter Umgehung der UNO stellen einen schweren Verstoß gegen die UNO-Charta und das Völkerrecht dar. Wir sind seit Anfang an dagegen und haben die Luftangriffe verurteilt.“⁴⁰

Die chinesische Regierung konnte oder wollte nicht glauben, dass es sich bei der Zerstörung ihrer Botschaft um ein Versehen handelte, wie der folgende Ausschnitt aus dem gleichen Dokument zeigt:

„Die Aussage über einen angeblich „irrtümlichen Beschuss“ kann nicht nur das chinesische Volk nicht überzeugen, selbst ausländische Medien glauben nicht daran. Wir fordern die NATO auf, die Bombardierung der Botschaft gründlich zu untersuchen, das Ergebnis zu veröffentlichen und die Planer und Täter zu bestrafen.“⁴¹

Das Misstrauen der Chinesen beruhte insbesondere darauf, dass die Amerikaner sich nicht bereit zeigten, die Täter zu bestrafen. Doch ging ihre Skepsis nicht so weit, einen Friedensschluss durch ein Veto im UN-Sicherheitsrat zu blockieren. Ihre Position war ähnlich wie in den vorangegangenen Konflikten seit 1989. Auf der einen Seite lehnten sie jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ab. Auf der anderen Seite beschränkten sie sich auf verbale Proteste, wohl wissend, dass diese nichts auszurichten vermögen.

Die vorerwähnte Position Pekings findet ihre Erklärung auf den Hintergrund zweier sich vom Grundsatz her widerstreitender außenpolitischer Interessen: Einerseits wendet sich China gegen jede Einmischung des Westens in Angelegenheiten, die es als rein chinesisch betrachten (Tibet, Taiwan). Andererseits strebt es wirtschaftlich engere Beziehungen zum Westen an (GATT, WTO).

⁴⁰ <http://china-botschaft.de/zhu-schröder.htm> Nr. 2 der chinesischen Standpunkte (Stand: 8.7.1999). In Klammern Ergänzung durch den Autor.

⁴¹ <http://china-botschaft.de/zhu-schröder.htm> Nr. 4 der chinesischen Standpunkte (Stand: 8.7.1999).

Jugoslawien⁴²

Unmittelbar vor Beginn der Luftangriffe gab der jugoslawische Außenminister Vladislav Jovanovic gegenüber dem amerikanischen Fernsehsender CNN ein Interview, in dem er alle Vorwürfe des Westens als unberechtigt zurückwies. Man habe von jeher eine friedliche Lösung angestrebt und sei bereit, dem Kosovo eine großzügige Autonomie zu gewähren:

„Lassen Sie mich zuerst sagen, dass unsere Delegation immer bereit war, ein Abkommen über eine politische Lösung in Kosovo und Metohija zu unterzeichnen, über eine breite Autonomie und Selbstregierung für alle, die dort leben.“⁴³

Das Friedensabkommen von Rambouillet habe für Serbien allerdings keine Gültigkeit, weil es keine entsprechende Abmachung gegeben habe:

„Es gab nichts, was als eine Abmachung, ein Abkommen in Rambouillet oder in Paris erzielt worden wäre. Es gibt zwei völlig verschiedene Briefe, einen der Staatsdelegation und einen anderen der albanischen Delegation. Lesen Sie sie, sie sind völlig unterschiedlich und sie werden für immer bezeugen, dass es keine Abmachung gegeben hat.“⁴⁴

Die Forderungen der NATO waren nach Meinung Jugoslawiens gleichbedeutend mit einer stufenweisen Sezession des Kosovo, was der jugoslawische Außenminister mit folgender Formulierung zum Ausdruck brachte:

„Aber nicht die Abmachung über Diskriminierung oder Majorisierung, nicht die Abmachung über die dritte Republik in der BR Jugoslawien, nicht die Abmachung über Sezession, nicht jetzt und nicht in Stufen.“⁴⁵

Die Luftangriffe der NATO verurteilte der jugoslawische Außenminister auf schärfste:

⁴² Deutsche Übersetzung aus dem Englischen von IP 5/1999, S. 116 – 118.

⁴³ IP 5/1999, S. 116.

⁴⁴ IP 5/1999, S. 118; dass Serbien das Abkommen von Rambouillet nicht unterschrieben hat, wird von der NATO nicht bestritten.

⁴⁵ IP 5/1999, S. 117.

„Ist jemand in der Lage, uns zu beweisen, welche demokratischen guten, menschlichen Werte durch die Bombardierung eines Landes erzielt werden können, durch die Androhung einer menschlichen Katastrophe, durch die Tötung von Menschen, die Zerstörung von Gebäuden, Nachrichtenverbindungen, Infrastruktur [?] Nichts kann erreicht werden.“⁴⁶

Des Weiteren warf der jugoslawische Außenminister dem Westen Doppelmoral und Ungleichbehandlung Jugoslawiens vor. Die UCK erstrebe eine Abspaltung des Kosovo von der Bundesrepublik Jugoslawien, sei also eine Terrororganisation (vergleichbar der PKK in der Türkei, die er allerdings nicht mit Namen nannte). Sie werde vom Westen unterstützt, während andere vergleichbare Terrororganisationen von ihm bekämpft würden:

„Es sollte keine Doppelstandards geben im Vorgehen gegenüber dem Terrorismus. Terrorismus ist ein Krebsübel der heutigen Zivilisation, und nur ein gerechtes, prinzipienfestes Herangehen kann einen Beitrag leisten, dieses Übel auszumerzen.“⁴⁷

Im Übrigen vertrat Jovanovic die Meinung, militärische Schritte gegen sein Land könnten nichts erreichen. Die Bundesrepublik Jugoslawien werde allen Luftangriffen der NATO widerstehen.

Der Generalsekretärs der UNO

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan äußerte sich zur Lage im Kosovo in einer Erklärung vom 9. April 1999⁴⁸ diplomatisch. Er zeigte sich über die humanitäre Tragödie betroffen; unschuldige Zivilisten dürften nicht länger leiden. Er forderte die jugoslawischen Behörden auf, alle militärischen und paramilitärischen Kräfte aus dem Kosovo abzuziehen. Im Gegenzug verlangte er von der NATO, die Luftangriffe einzustellen, sobald die jugoslawische Regierung die Bedingungen akzeptiere, also noch vor dem tatsächlichen Abzug der jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo. Dass Annan der Ansicht

⁴⁶ IP 5/1999, S. 117. In Klammern eine Änderung der Interpunktion durch den Autor.

⁴⁷ IP 5/1999, S. 118.

⁴⁸ IP 5/1999, S. 133 – 134.

war, der Kosovo-Konflikt lasse sich nur mit Friedensgesprächen lösen, drückt sich u.a. in folgender seiner Äußerungen aus:

„Die von mir vorgeschlagene Einstellung der Feindseligkeiten ist letztlich der Auftakt zu einer dauerhaften politischen Lösung der Krise, die nur im Wege der Diplomatie erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang lege ich allen beteiligten Parteien eindringlich nahe, ihre Gespräche über Kosovo möglichst bald wiederaufzunehmen.“⁴⁹

Die NATO-Staaten beriefen sich gern auf die folgende Stelle:

„Es ist wahrhaft tragisch, dass die Diplomatie versagt hat, aber es gibt Zeiten, wo die Anwendung von Gewalt zur Erreichung des Friedens gerechtfertigt sein kann.“⁵⁰

Dass Annan den NATO-Einsatz als völkerrechtlich zumindest zweifelhaft ansah und auf einem UN-Mandat bestand,⁵¹ lässt die folgende seiner Äußerungen erkennen

„Für den Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit räumt Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen den regionalen Organisationen eine wichtige Rolle ein. Aber als Generalsekretär der Vereinten Nationen habe ich wiederholt – und nicht nur im Zusammenhang mit dem Kosovo – darauf verwiesen, dass aufgrund der Charta der Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt... Daher sollte der Rat bei allen Entscheidungen eingeschaltet werden, bei denen es um die Anwendung von Gewalt geht.“⁵²

Sonstige Staaten

Kritisch zur Rechtmäßigkeit des Kosovo-Einsatzes äußerten sich neben Jugoslawien, Russland und China auch Namibia, die Ukraine, Indien, die 29 zur Rio-Gruppe gehörenden lateinamerikanischen Staaten, darunter Mexiko, Brasilien und Argentinien, ferner Schweden,

⁴⁹ IP 5/1999, S. 134.

⁵⁰ <http://www.uno.de/presse/unic157.htm> (Stand: 8. 7. 1999).

⁵¹ So auch Weckel, RGDIP 2000, S. 19 (31).

⁵² <http://www.uno.de/presse/unic157.htm> (Stand: 8. 7. 1999).

Südafrika, Indonesien, der Iran, Thailand und Vietnam.⁵³ Politisch-moralisches Verständnis äußerten Argentinien sowie einige islamische Staaten wie Malaysia und Bahrain. Die Mehrheit der islamischen Staaten betonte jedoch die Hauptverantwortung des Sicherheitsrates für humanitäre Interventionen; gleiches gilt für die Staaten der Blockfreienbewegung.⁵⁴

⁵³ Nolte ZaöRV 1999, S. 941 (947).

⁵⁴ Nolte ZaöRV 1999, S. 941 (947).